

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 2. Dezember 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 302 Anfrage Zbinden Samuel und Mit. über die Auswirkungen des deutlichen Nein zum Autobahnausbau im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 302 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Samuel Zbinden hält an der Dringlichkeit fest.

Samuel Zbinden: DDas Verdict der Schweizer, aber insbesondere der Luzerner Stimmbevölkerung vom letzten Sonntag war sehr deutlich: Keine neuen, bereiteren Autobahnen, nicht noch mehr Beton, um unsere Verkehrsprobleme zu lösen. Über 53 Prozent der Stimmberechtigten im Kanton Luzern haben den Autobahnausbau abgelehnt. Im Abstimmungskampf wurde deutlich, was die Wissenschaft schon länger sagt: Ein einseitiger Kapazitätsausbau führt unweigerlich zu mehr Verkehr und somit zu noch mehr Stau. Der Bypass ist zwar nicht im Ausbaupaket vom letzten Sonntag enthalten, aber es geht um ein Projekt mit der gleichen Logik. Wenn die Bevölkerung im Kanton Luzern und insbesondere die vom Bypass so stark betroffenen Gemeinden Kriens, Luzern und Emmen so deutlich Nein sagen zu ähnlichen Autobahnausbauprojekten, ist aus Sicht der Grünen Fraktion eine Stellungnahme der Regierung dringend nötig. Einfach so weiterfahren ist aus unserer Sicht nicht möglich. Wie der Abstimmungssonntag gezeigt hat, schwindet der Rückhalt für solche Projekte. Das Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht und verlangt deshalb eine rasche Antwort. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Aus Sicht der Regierung sind die Dringlichkeitskriterien nicht gegeben. Der Bypass wurde beim letzten Ausbauschritt der Autobahnausbauten beschlossen und finanziert und es wurde kein Referendum dagegen ergriffen. Bei den sechs betroffenen Autobahnausbauprojekten wurde hingegen das Referendum ergriffen. Die Bewilligung für den Bypass wurde seitens Bund mittlerweile erteilt, sie ist jedoch infolge hängiger Gerichtsverfahren noch nicht rechtskräftig. Es steht aber keine weitere politische Entscheidung an. Daher bitte ich Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 82 zu 28 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.